

Schriftlicher Rechenschaftsbericht des Landesvorstands der Landesschüler*innenvertretung NRW im Februar 2021

Düsseldorf, 04.02.2021

Liebe Landesdelegierte,
liebe Bezirksschüler*innenvertretungen,
liebe Interessierte,

durch die pandemiebedingte Absage der 131. Landesdelegiertenkonferenz (131. LDK) können wir erneut nicht im regulären Rahmen Rechenschaft ablegen. Aus diesem Grund haben wir uns dafür entschieden, über den Zeitraum seit dem letzten schriftlichen Rechenschaftsbericht (November 2020 bis Februar 2021) erneut schriftlich zu berichten. Zudem ermöglichen wir euch im Rahmen der 2. Online-Landeskonferenz Rückfragen zum Rechenschaftsbericht zu stellen. Das Recht der LDK nach Paragraph 4 Absatz 2 der Satzung bleibt davon unberührt.

Mit besten Grüßen

Euer Landesvorstand

I. Rechenschaftsbericht

1. Was ist ein Rechenschaftsbericht?
2. Rechenschaftsbericht nach APO-Punkten

1. Was ist ein Rechenschaftsbericht?

Zum Anfang einer Legislatur (also der Wahlperiode des Landesvorstands (LaVo)) gibt die Landesdelegiertenkonferenz (LDK) dem LaVo Arbeitsaufträge und beschließt, was diese Legislatur geschehen soll. Die Arbeitsaufträge werden dann in einem Arbeitsprogramm (APO) festgeschrieben. Damit ihr und alle Schüler*innen NRW nachvollziehen könnt, was wir als Vorstand gemacht haben, tragen wir dies zu jeder LDK in einem Rechenschaftsbericht zusammen. Das aktuelle Arbeitsprogramm findet ihr hier (<https://svnrw.de/wp-content/uploads/2019/05/Arbeitsprogramm2019-20.pdf>), einen Vorschlag des LaVos für das Arbeitsprogramm der Legislatur 2020/2021 hier (<http://apo.lsvnrw.de>).

Unser aktuelles APO ist in Abschnitten geschrieben. In diesen ist auch der Rechenschaftsbericht strukturiert.

2. Rechenschaftsbericht nach APO-Punkten

- a) Unsere Grundsätze
- b) Menschenwürde und Diskriminierung
- c) Inklusion
- d) Bildungsunterfinanzierung
- e) Demokratische Schule
- f) Politische Bildung und Wirtschaftsunterricht
- g) Antimilitarismus
- h) Nachhaltigkeit
- i) Sonstiges
- j) Sonstiges - Corona

a) Unsere Grundsätze

Schule soll ein Ort des Lebens, des gemeinsamen Lernens und des Respektes sein. Respekt gegenüber dem Gegenüber, aber auch gegenüber der Natur und den Menschenrechten. Auch in der Grundschule soll die Vermittlung dieser Werte im Vordergrund stehen. Ein Wettbewerb um die beste Note oder leistungsorientierte Lehrpläne erfüllen nicht diese Prämisse. Daher haben wir uns im Rahmen einer Verbändebeteiligung zu insgesamt 11 Kernlehrplänen positioniert. Wir forderten mehr Digitalisierung (insbesondere in der praktischen Anwendung), die Etablierung des sozialen Geschlechts (Gender) in den Lehrplänen, den Ersatz der Benotung durch Evaluationsgespräche (vgl. Z. 465 ff. Grundsatzprogramm (GPO)) sowie einzelne fachliche oder didaktische Punkte. So forderten wir in Sport etwa den Fokus auf Teamgeist, gesunde Lebensweise sowie Respekt

zu legen, anstatt eine Wettkampfatmosphäre zu schaffen (vgl. Z. 235 ff. GPO). Zudem forderten wir die Abschaffung des Religionsunterrichts und die einheitliche Einführung des Faches Ethik (vgl. Z. 193 ff. GPO). Außerdem forderten wir im Rahmen der Verbändebeteiligung, endlich eine Schüler*innenvertretung an Grundschulen zu errichten und dieser weitreichende Mitbestimmungsrechte zu geben. Eine Schule kann keine Demokratie lehren, wenn sie nicht auch gelebt wird!

Mit diesem Thema beschäftigte sich auch das Democracy Lab "Bildung ein Glücksspiel", an dem wir teilnahmen und die Zusammenhänge zwischen Demokratie, politischer Bildung und Schule diskutierten. Auf der Fachtagung "Eine Jugendstrategie für NRW" sprachen wir mit anderen Jugendverbänden über Forderungen zur Partizipation von Jugendlichen.

Zudem positionierten wir uns in der Pressemitteilung "Schülerausweis her' - die neue Realität auf Fridays for Future-Demos" gegen den Entwurf der Landesregierung für ein neues Versammlungsgesetz. Schüler*innen wird bereits jetzt kein Streik-/Demonstrationsrecht zugesprochen, durch die Einführung von Ausweiskontrollen und die anderen geplanten Maßnahmen würden Schüler*innen es noch schwieriger haben zu demonstrieren - sie müssten mit der Gefahr einer Ausweiskontrolle und anschließender Überbringung in die Schule (und den daraus resultierenden Ordnungsmaßnahmen) rechnen.

b) Menschenwürde und Diskriminierung

Auch im Jahr 2021 sind die verschiedenen Diskriminierungsformen noch präsent in unserer Gesellschaft. Die soziale Ungleichheit nimmt im Angesicht der fortwährenden Coronapandemie bisher unerreichte Höhen an - man denke nur an die Kosten von FFP2-Masken, die einkommenslose Personen nun tragen müssen.

Gerade beim Thema Genderdiversität hat Schule (in NRW) noch einiges an Aufholbedarf. Es sind weder die (Kern-) Lehrpläne, noch die Rechtsgrundlagen auf Gendervielfalt ausgerichtet. "Schülerinnen und Schüler" [sic] lernen in NRW etwas über die Ehe und wie sie Kinder bekommen können. Über den kleinen Genderstern "*", der aber einen so großen Unterschied macht - nämlich ein soziales Geschlecht anzuerkennen, dass jede*r selbst wählen kann - lernen sie aber in aller Regel nichts. Daher setzte sich die LSV unter anderem in einem intersektionalen Netzwerkgespräch zum Thema "Diversität in Schule und Unterricht" genau dafür ein.

Zu diesem Thema hat die Landesgeschäftsstelle (LGS) jetzt zudem einen Themenkoffer "Feminismus- und LGBT*-Koffer" vorrätig, der mit Büchern, Infomaterial, etc. gefüllt ist.

Dieser kann von BSVen, SVen, etc. ausgeliehen werden.

Ebenfalls wurde ein Antimobbingkoffer zusammengestellt, der auch ausgeliehen werden kann.

Im Hintergrund der Menschenwürde diskutierten wir auf einer Onlinediskussion der Friedrich-Ebert Stiftung die Schutzmaßnahmen und die Abwägung zwischen Gesundheit und Bildung mit anderen Akteuren. Dabei stellten wir unseren Grundsatz - Gesundheit an erster Stelle - in den Vordergrund, diskutierten jedoch auch, ab wann Risiken eingegangen werden können und sollten, um (Präsenz)Unterricht durchführen zu können. Denn der derzeitige "Distanzunterricht" stellt in unseren Augen keinen vergleichbaren Ersatz für richtigen (Präsenz)Unterricht dar. Schüler*innen mit keinen oder zu kleinen Geräten oder einer schlechten häuslichen Situation werden durch den Distanzunterricht und die Bewertung dessen unangemessen benachteiligt. Aber auch privilegierte Schüler*innen

leiden unter den Distanzangeboten, die häufig unpersönlich, schlecht aufbereitet und wenig kommunikativ daher kommen. Zudem lassen sich die Möglichkeiten der zwischenmenschlichen Interaktion in Videokonferenzen weit schlechter umsetzen als im Präsenzunterricht. Durch die soziale Abschottung führt Corona zu immer mehr Fällen von Vereinsamung, Verwahrlosung und Nervenzusammenbrüchen bei Schüler*innen - die psychische Gesundheit der Schüler*innen leidet zunehmend.

Außerdem führten wir unsere Zusammenarbeit mit DialOGStandorte (ein Projekt zum kinderorientierten Ganztage) weiter fort und nahmen an der zweiten Fachbeiratssitzung teil, in der wir den bisherigen Fortgang rückblickend betrachteten und evaluierten. Dabei wurden seitens der Projektleitung erste inhaltliche Schwerpunkte bekannt gegeben, außerdem wurde über die Umgestaltung der Projektstruktur gesprochen (weiteres unter:

<https://www.dialogstandorte.de/>).

c) Inklusion

Auch in der jetzigen schwierigen Situation ist das Thema Inklusion ein wichtiger Bestandteil unserer Arbeit im Landesvorstand und begegnet uns weiterhin alltäglich. Die Herausforderung gerade jetzt ist die Schwierigkeit, Schüler*innen mit Inklusionsbedarf zu fördern und ihnen die Chancen und Möglichkeiten zu geben, an unserem Bildungssystem teilzunehmen. Der Landesvorstand hat mit Frau Gebauer das Thema Inklusion in Zeiten von Corona und dessen Umsetzung und Schwierigkeiten besprochen. Zudem gab es Austausch und Fachgespräche mit Verbänden.

„Das Menschenrecht auf Inklusion wird in unseren Schulen noch immer nicht durchgesetzt.“ So steht es in unserem Arbeitsprogramm. Im November 2020 hat der Landesvorstand sich nochmal intensiver mit dem Thema Inklusion beschäftigt und einen Online-Workshop dazu abgehalten. In diesem ging es um die verschiedenen Modelle der Inklusion und welches Modell am ehesten auf Nordrhein-Westfalen zutrifft. Dabei ist herausgekommen, dass die Landesregierung immer von Inklusion spricht, aber eigentlich sich noch in der Integration befindet.¹ Dies reicht uns als LSV nicht aus und wir fordern deshalb weiterhin die Inklusion so wie das Schulmodell der IGGS.

d) Bildungsunterfinanzierung

Gerade das Problem der Bildungsunterfinanzierung wurde im Verlauf der Pandemie immer offensichtlicher. Weder waren die Schulen durch ausreichend große Klassenräume, genug Lehrkräfte für kleine Lerngruppen oder einfach funktionierende Fenster ausgestattet, noch standen annähernd genug Tablets / Laptops für das Homeschooling bereit, weder für Schüler*innen, noch für Lehrkräfte. Dies mündete letztlich darin, dass der „Distanzunterricht“, wenn er überhaupt digital stattfand, durch viele Schüler*innen nicht gut bis gar nicht verfolgt werden konnte. Die Teilnahme scheiterte bei der einen an den häuslichen Verhältnissen und bei dem anderen an fehlenden Geräten oder einer überlasteten Internetleitung. Hätte die Politik bereits früher auf die Forderungen der LSV

¹ Kurz gefasst: Integration meint, dass alle unterschiedlichen Schüler*innen an die Schule angepasst werden - Inklusion meint, dass die Schule sich an die unterschiedlichen Schüler*innen anpasst.

NRW gehört, wie z.B. die Klassengröße auf 15 Schüler*innen zu reduzieren oder Schüler*innen mit landeseigenen Laptops auszustatten, so wäre zumindest die Bildungskrise eine kleinere.

Mit dem freien Zusammenschluss von student*innenschaften (fzs) entwickelten wir gemeinsame Forderungen, um die Auswirkungen der Bildungsunterfinanzierung während der Pandemie zumindest kurzfristig abzufedern, darüber hinaus sind weitere gemeinsame Projekte in Planung; konkretere Informationen gibt es aber angesichts des aktuellen Standes der Kooperation noch nicht.

Zudem kritisierten wir das Versagen der Landesregierung, sich dem Problem der Bildungsunterfinanzierung anzunehmen; hier hätte die Landesregierung von Anfang an entschiedener handeln und mehr Geld investieren müssen. In fast jedem Gespräch bzw. Termin zu Corona betonten wir, dass die massive Bildungsunterfinanzierung maßgeblich mit für das Ausmaß der aktuellen Bildungskrise verantwortlich ist.

Eine weitere Folge der Bildungsunterfinanzierung sind die vielen maroden Schulgebäude in NRW mit ihren dreckigen Toiletten - ein Thema, um das sich SVen, BSVen und auch die LSV seit Jahrzehnten kümmern, das aber erst seit "Corona" auch von den Politiker*innen als Problem gesehen wird. Zur Sauberkeit von Schultoiletten führten wir ein Interview mit dem Kölner Stadtanzeiger.

e) demokratische Schule

Eine demokratische Gesellschaft kann es nur geben, wenn schon Kinder mit Demokratie groß werden. Das zeigen auch verschiedene Studien zum Wahlverhalten von Erstwähler*innen, die feststellen: Können Jugendliche erst wählen gehen, wenn sie vor einer neuen Lebensphase stehen (Umzug, Universität, Ausbildung, etc.), sinkt die Wahlbeteiligung stark.² Eine größere Beteiligung von Schüler*innen sowohl an außerschulischen Wahlen, als auch innerschulischen Entscheidungen führt also dazu, dass Jugendliche auch nach ihrer Schullaufbahn ihre demokratischen Rechte wahrnehmen.

Aus diesem Grund forderten wir in der Landtagsanhörung zum Thema Mitbestimmung in Kita und Schule weitreichende Mitbestimmungsrechte für Schüler*innenvertretungen an Grund- und weiterführenden Schulen. Zudem stellten wir fest, dass politische Arbeit nur mit entsprechenden Mitteln möglich ist und forderten mehr Mittel für Schüler*innenvertretungen aller Ebenen.

Außerdem stellten wir eine Rechtsanfrage an das Schulministerium, die sich mit Schüler*innenvertretungen an Schulen in privater Trägerschaft auseinandersetzt.

f) politische Bildung und Wirtschaftsunterricht

Mitte Januar brachte die Landesregierung eine Anpassung der Lehramtsausbildung auf den Weg, durch die das Fach Sozialwissenschaften abgeschafft wird. Ersetzt werden soll dieses, nun auch in der Lehrer*innenausbildung, durch das Fach Wirtschaft/Politik. Ein Fach, das die LSV NRW seit Jahren aufgrund des schwindenden Anteils politischer Bildung kritisiert. Nun soll dem Fach in Zukunft auch noch der interdisziplinäre Blick der Sozialwissenschaften

² Vgl. etwa Schäfer Armin (2018); Nichtwählerinnen und Nichtwähler in Deutschland; S. 37.

fehlen, indem soziologische Inhalte aus dem Lehrplan verschwinden - ein weiterer Schritt der Ökonomisierung von Schule. Die Verdrängung der Gesellschaftswissenschaften und damit auch der Politik- und Demokratiebildung finden zugunsten von herrschenden ideologischen Vorstellungen statt, wie dem Neoliberalismus, die unter dem Deckmantel der "ökonomischen Bildung" vermittelt werden. Ziel ist längst nicht mehr die Ausbildung "mündiger Bürger(*innen)", sondern die Ausbildung von Arbeitskräften im Dienste der herrschenden ökonomischen Verhältnisse.

Dies brachten wir auch in unserer Pressemitteilung "Nein zur Abschaffung des Faches Sozialwissenschaften" zum Ausdruck. Unter anderem stellten wir fest "Aktuelle Sozialwissenschaftslehrkräfte werden das neue Fach Wirtschaft/Politik (nach einer Übergangszeit) nur nach einer Fortbildung unterrichten dürfen. Eine Fortbildung, die bis auf einige Plätze von der freien Wirtschaft, laut Regierung etwa bei der Deutschen Bank, angeboten wird (vgl. Kleine Anfrage 17/12231)." "Welche Prägung das Fach also annehmen soll, ist klar: weg von einer pluralen Sozialwissenschaft hin zu einem Wirtschaftsunterricht, der Schüler*innen bestens auf ihre Ausbildung bei der Deutschen Bank vorbereitet", konkludiert unsere Pressemitteilung. Zu diesem Thema führte der Deutschlandfunk auch ein Interview mit uns.

h) Nachhaltigkeit

In der Stellungnahme zum Fach Sachkunde in der Grundschule³ kritisierten wir den Umgang mit der Klimakrise. Der aktuelle Entwurf umschifft das Thema und nennt das Problem, den Klimawandel, nicht mal beim Namen. Daher forderten wir, dass die Schüler*innen insbesondere die Auswirkung menschlichen Verhaltens auf die Umwelt (den Klimawandel) thematisieren und reflektieren sollten. Dies muss zwingender Teil des Lehrplans an jeder Schule sein. Schließlich ist der Klimawandel nicht nur die wohl drängendste Aufgabe aktueller und kommender Generationen, sondern, an den Teilnehmerzahlen der Fridays for Future-Demonstrationen gemessen, auch ein Thema, das Schüler*innen überproportional beschäftigt.

i) Sonstiges

Aufgrund deren Anfrage tauschten wir uns mit den JuLis NRW digital aus. Dabei standen die Themen "Distanzunterricht", Digitalpakt und die Verschiebung der Sommerferien im Fokus. Trotz verschiedener Positionen konnten wir gemeinsame Werte und Positionen finden, bei denen eine weitere Zusammenarbeit nicht ausgeschlossen ist.

Zudem führten wir den LSV-Adventskalender auf Instagram ein. Jedes Türchen stellte eine Position der LSV NRW oder ein aktuelles politisches Thema dar und verwies auf weiteres Infomaterial.

Ansonsten reagierten wir auf den Schulstreik von zwei Schulen in NRW (Mönchengladbach und Essen), dazu schrieben wir anlässlich einer damit verbundenen Kundgebung in Mönchengladbach ein Grußwort und solidarisierten uns mit dem Protest der Schüler*innen für mehr Infektionsschutz.

³ siehe auch a) Unsere Grundsätze

Ebenfalls auf Anfrage von der Linken NRW tauschten wir uns mit ihr am 22.01. aus und sprachen über Möglichkeiten späterer Zusammenarbeit.

Am 03.02. hielten wir zudem einen Onlineworkshop für SV-Lehrkräfte, mit dem Ziel, Lehrkräfte für eine BSV-Gründung zu finden.

Mit der DGB-Jugend bereiteten wir das Seminar "Schulpolitik leicht gemacht" vor, welches am 26.02.-28.02. stattfinden wird und wir für dieses werben.

g) Corona

Leider dominiert die Coronapandemie immer noch die (Schul)Politik und so auch unsere Arbeit. Aus diesem Grund haben wir uns dafür entschieden, das Thema Corona unter einem separaten Punkt im Rechenschaftsbericht zu führen.

November

Im November entschlossen sich die Landesregierungen zunächst dazu, keine weiteren Regelungen abzusprechen. Entsprechend bemängelten wir die fehlende Planungssicherheit, sowohl für die Schulleitungen und Lehrkräfte, als auch für uns Schüler*innen. Auf dem Schulgipfel der SPD und der Grünen diskutierten wir mit Expert*innen und anderen Verbänden über aktuelle Beschlüsse, mögliche Lösungen und kommende Probleme wie die Abschlussprüfungen.

Zudem stellten wir in einer großen Stellungnahme "Unterrichtsorganisation während Corona" die Forderungen der LSV NRW dar. Unsere Forderungen beruh(t)en auf der IGGS, also der inklusiven Ganztages Gesamtschule, die die LSV NRW in ihrem Grundsatzprogramm fordert. So sollen kleinere feste Gruppen aus den Klassen gebildet werden, die abwechselnd einen Tag zur Schule gehen und einen Tag "Distanzlernen" betreiben. Dadurch könnte sowohl das Problem der sozialen Abschottung, als auch die Gefahr der Verwahrlosung verringert werden. Zudem sänke die Infektionsgefahr im Vergleich zu einer ganzen Klasse im Präsenzunterricht. Zugleich erneuerten wir unsere Forderung nach fairen Prüfungen, durch die dezentrale Anpassung von Lehrplänen und mehr Vorschlägen für zentral gestellte Abschlussklausuren.

Schüler*innen, die aufgrund der geringen Schutzmaßnahmen an ihrer Schule streiken wollten, sandten wir ein Grußwort.

Dezember

Im Dezember wurde die Debatte um die Verlängerung der Weihnachtsferien laut. Hierzu positionierten wir uns und begrüßten den Vorstoß, so zumindest für die Weihnachtstage höhere Sicherheit zu gewährleisten. Zudem wurde der Schulbetrieb ab dem 14.12. massiv eingeschränkt, ebenfalls eine gute Entscheidung. Die Aussage des Schulministerium, den Distanzunterricht weiterhin bewerten zu wollen und als dem Präsenzunterricht gleichwertig anzusehen, kritisierten wir jedoch heftig, denn dadurch werden ärmere und „sozial schlechter gestellte Menschen stark benachteiligt. Dabei ist Distanzunterricht in jeder Schule anders, je nachdem, welche technische Ausstattung vorhanden ist und über welche Möglichkeiten Lehrer*innen und Schüler*innen verfügen." Dies formulierten wir in der "Pressemitteilung zu den aktuellen Corona Beschlüssen" vom 11.12.2020.

Weitere Forderungen zum Schulbetrieb nach den Sommerferien brachten wir in der Pressemitteilung "Anforderungen an Schule nach dem Lockdown" vom 15.12.2020 an.

Januar

Das neue Jahr begann die Regierung mit der löblichen Entscheidung, den Lockdown und die Schulschließungen bis in den Februar zu verlängern. Soziale Gerechtigkeit und seelische Gesundheit blieben aufgrund der fortwährenden Bewertung des Distanzunterrichts jedoch weiterhin auf der Strecke.

Zum Thema Abschlussprüfungen ("Schauspiel Schulabschlüsse: Gebauer versagt in der Regie") und bezüglich des "Distanzunterrichts" („Das Versagen der Politik gestern macht den "Distanzunterricht" heute unabdingbar") veröffentlichten wir am 11.01.2021 und 13.01.2021 jeweils eine Pressemitteilung. Wir forderten, bezogen auf Abschlussprüfungen, erneut die Wahlfreiheit zwischen Präsenzprüfungen und einer Durchschnittsnote, sowie, bezogen auf den "Distanzunterricht", den Bewertungsstopp sowie Maßnahmen zur Abschwächung der sozialen Ungerechtigkeit.

Soziale Ungerechtigkeit war zudem das Thema der nächsten Pressemitteilung:

"Gesundheitsschutz hat einen Preis: Soziale Ungerechtigkeit" (vom 20.01.2021). In dieser stellten wir heraus, dass "Junge wie alte Menschen, die nur wenig Wohnraum zur Verfügung haben und sich keine (modernen) digitalen Geräte leisten können, [...] wesentlich stärker unter Kontaktbeschränkungen, Schulschließungen und ggf. sogar Ausgangssperren [leiden]! Doch [...] [es] gibt genug Wohnraum, genug gute Nahrung und genug Ressourcen auf der Welt, diese sind nur sehr ungerecht verteilt."

Ende des Monats folgte die Landesregierung der Forderung der LSV NRW, Schüler*innen endlich auch in den Schulen am "Distanzunterricht" teilnehmen zu lassen, sogenannte Study Halls wurden geschaffen. In unserer Pressemitteilung "Endlich Study Halls – ein erster Schritt in die richtige Richtung" vom 29.01.2021 begrüßten wir diesen Schritt, forderten jedoch, dass nicht nur Schulleitungen das Angebot unterbreiten dürfen, sondern dass auch Schüler*innen proaktiv auf die Schulleitung zugehen dürfen. Zudem forderten wir weiterhin, andere öffentliche Räume als Study Halls zu nutzen.

Auf einem Fachgespräch zu Berufskollegs von SPD und Grünen sprachen wir uns für "Distanzunterricht" und gegen dessen Benotung aus. Zudem tauschten wir uns über Abschlüsse aus.

Am 06.01. nahmen wir an einem Informations- und einem Verbändegespräch vom Schulministerium teil, indem kommende Beschlüsse thematisiert wurden.

Wir sprachen außerdem am 20.01. mit dem bildungspolitischen Sprecher der SPD-Fraktion in einem Liveformat über die aktuellen Beschlüsse.

Februar

Im Februar nahmen wir an der Kampagne "Du hast das Wort" der Linken teil, in der wir unsere Position zum aktuellen bildungspolitischen Geschehen per Video teilten.

Zudem tauschten wir uns auf dem zweiten Schulgipfel der SPD am 04.02.2021 mit Expert*innen und anderen Verbänden über die aktuelle Lage aus.

Aufgrund diverser Beschwerden / Anfragen von Schüler*innen an uns informierten wir zudem darüber, dass eine Teilnahme mit Videoübertragung am "Distanzunterricht" freiwillig ist.

Zudem werden wir im Laufe des Februars an zwei Austauschgesprächen mit Kreisgruppen der JuSos und einem Austauschgespräch mit der Grünen Jugend NRW teilgenommen haben.

Auch wird eine Pressemitteilung zu Digitalisierung unter Corona, den Einflüssen des Kapitalismus auf Schule unter Corona sowie eine Pressemitteilung zu seelischer Gesundheit unter Corona veröffentlicht.

Zum Red-Hand-Day wird die LSV NRW an einer Mahnwache vor dem Landtag teilnehmen und dazu, unter Berücksichtigung der pandemischen Lage, aufrufen.

Weitere Pressearbeit

Im Rahmen der oben beschriebenen Arbeit beantworteten wir 27 Presseanfragen. Angesichts der Menge der Anfragen ist es uns nicht möglich gewesen, zu jedem Interview einen Bericht anzufertigen, außerdem wurden alle Anfragen auf Grundlage unserer Positionen zu den jeweiligen Zeitpunkten beantwortet, so könnt Ihr die Positionen, die wir in den jeweiligen Interviews vertreten haben, in unseren Positionspapieren, Pressemitteilungen sowie dem Grundsatzprogramm und dem Arbeitsprogramm nachlesen.

Darüber hinaus veröffentlichen wir seit dem letzten Zwischenrechnungsbildbericht einige Texte, darunter vorwiegend Pressemitteilungen, aber auch Positionspapiere. Aus Gründen der Übersichtlichkeit findet Ihr diese auch auf der LSV-Homepage (<https://lsvnrw.de/aktuelles/>).

Außerdem beantworteten wir fast täglich Anfragen, Briefe, Petitionen, etc. von Schüler*innen zu rechtlichen oder bildungspolitischen Themen.